

„Engagement braucht Vertrauen“

„Der Plan klingt plausibel. Nun muss er verwirklicht werden.“ Das hat der Bundespräsident im Mai bei der Eröffnung des Deutschen Stiftungstages in Hamburg zu der seit langem angestrebten stärkeren Abstimmung bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement gesagt. Und zu dem Plan, von Beginn an zu bedenken, wie modellhafte Initiativen zu selbsttragenden Bewegungen entwickelt werden können. Denn, so der Bundespräsident: „Erst sehr, sehr, sehr viele Tropfen bilden irgendwann einen Strom.“

Damit hat er uns allen, die sich im engagementpolitischen Bereich bewegen, ins Stammbuch geschrieben, dass keine Stiftung, kein Ministerium - weder im Bund noch im Land -, kein noch so großes Unternehmen alleine stark genug ist, die vielen zivilgesellschaftlich Engagierten im Land so zu fördern, dass daraus eine flächendeckende Bewegung hin zum Positiven in unserer Gesellschaft entsteht. Wer mehr als punktuelle Erfolge vorweisen will, wer Wertschätzung flächendeckend ausdrücken will, muss zusammenarbeiten. Punkt.

Ich kenne und schätze diese Haltung auch von unserer Ministerin, Manuela Schwesig. Sie erwartet von ihrem Ministerium nichts anderes, als dazu beizutragen, nachhaltige Strukturen zu schaffen, endlich weg zu kommen von dem Problem der so genannten „Projektitis“. Keine einfache, aber eine umso wichtigere Aufgabe.

Engagement auf Augenhöhe zu den klassischen Politikbereichen

Damit das gelingt, hat die Ministerin mit der Einrichtung einer neuen Unterabteilung „Engagementpolitik“ in der Abteilung 1 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein deutliches Signal gesetzt: Engagementpolitik soll künftig ein Schwerpunktthema sein – auf Augenhöhe mit den „klassischen“ Bereichen des BMFSFJ wie der Familienpolitik, Seniorenpolitik, Gleichstellungspolitik oder der Kinder- und Jugendpolitik. Dafür sind auch personell einige Weichen neu gestellt worden. Herausgekommen ist eine aus meiner Sicht ausgezeichnete Mischung neuer und bewährter Kräfte in der neuen Unterabteilung.

Mit den Veränderungen einhergehen soll ein Wechsel im Politikstil. Statt wohl überlegten Programmen aus den Tiefen des Ministeriums steht die neue Engagementpolitik des BMFSFJ für eine dialogorientierte, kooperativ-qualitative, auf den Erhalt und den Ausbau von Vertrauen gerichtete Programm- und Prozesspolitik.

Was dies konkret bedeutet, kann anhand der Konzipierung des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verdeutlicht werden.

Neues Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

Am 1. Juli hat die Ministerin das neue Bundesprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" in Berlin vorgestellt, das die bisherigen beiden Programme zur Extremismusprävention ab 2015 ersetzen wird. Vorausgegangen war seit dem 30. April ein intensiver Beteiligungsprozess mit den bundesweiten Trägern, mit denen das Ministerium schon seit langem erfolgreich zusammen arbeitet, mit den Ländern und dem Bundesministerium des Inneren. Eingeleitet wurde dieser Prozess von der Ministerin selbst, fortgesetzt dann auf Bitten der Ministerin auf der Fachebene in einer Phase, in der die Ministeriumsleitung noch keine Entscheidung über die zukünftige Struktur des Programms getroffen hatte. So konnten wichtige Impulse und Überlegungen in die Entstehung des neuen Programms von außerhalb des Ministeriums einfließen. Und auch wenn nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllt werden konnten und das Ministerium allein die politische Verantwortung für das Programm und seinen Erfolg trägt, war das sicherlich ein wichtiger Schritt in einem Prozess, in dem gemeinsames dialogorientiertes Arbeiten, Vertrauen und Planungssicherheit eine zentrale Rolle spielen sollen.

Mit dem Programm „Demokratie leben!“ wollen wir zuallererst diejenigen Menschen vor Ort nachhaltig unterstützen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Das Programm startet 2015 mit einer Fördersumme von 30,5 Mio. €. Für mehr Planungssicherheit sind alle Strukturförderungen, Projekte und Maßnahmen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren geplant.

Schwerpunkt des neuen Programms wird der Kampf gegen Rechtsextremismus sein. Doch sollen ebenfalls Projekte gefördert werden, die sich gegen jegliche Formen von vorurteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden.

Das Bundesprogramm besteht aus drei Säulen:

In die erste Säule fließen etwa zwei Drittel des gesamten Budgets – 22 Mio. € - zur Förderung nachhaltiger Strukturen. Mit dem Geld soll erstens das Konzept der bewährten Lokalen Aktionspläne weiterentwickelt und finanziell besser ausgestaltet werden, zu bundesweit 220 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (statt wie bisher 170 Lokalen Aktionsplänen). Dabei werden die bisherige Zusammenarbeit aller staatlichen und demokratischen nicht-staatlichen Organisationen und Institutionen gestärkt und die bisherigen lokalen, externen Koordinierungsstellen zu Koordinierungs- und Fachstellen weiterentwickelt. Die „Partnerschaften für

Demokratie“ erhalten Bundesmittel für einen Aktions- und Initiativfonds sowie für einen partizipativ gestalteten Jugendfonds. Zweitens werden auf der Länderebene die bisherigen 16 landesweiten Beratungsnetzwerke zu Demokratiezentren als Koordinierungs- und Vernetzungsstellen weiterentwickelt. Damit wird die Arbeit der mobilen Beratung, der Opferberatung und der Ausstiegsberatung im Rahmen landesweiter Netzwerke stärker gefördert. Drittens können im neuen Bundesprogramm erstmals auch Träger mit überregionaler Bedeutung für eine Dauer von fünf Jahren gefördert werden.

In der zweiten Säule werden etwa 6 Mio. € für die Förderung von Modellprojekten zur Verfügung gestellt. Die geförderten Projekte sollen einen Themenschwerpunkt in den Bereichen Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus oder Homophobie haben. Des Weiteren werden Projekte ganz gezielt zur Radikalisierungsprävention gefördert – also solche, die sich gegen feindselige Mentalitäten, die Ungleichwertigkeit von Menschen und vorurteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden. In den Blick genommen werden sollen vor allem Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, radikale und demokratie- bzw. rechtsstaatsfeindliche Formen des Islam, Ultrationalismus und linke Militanz.

Die dritte Säule garantiert die Umsetzung, Steuerung und Evaluierung des Bundesprogramms.

Innerhalb der Bundesregierung setzt das BMFSFJ mit dem Programm die sehr gute und bewährte Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Inneren und seinem erfolgreichen Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fort. Den Ministerien ist es ein wichtiges Anliegen, dass die geförderten Strukturen in den ländlichen und strukturschwachen Gegenden vor Ort zusammengreifen und nicht nebeneinander her existieren. Vertrauensvolle Zusammenarbeit statt Parallelstrukturen – das gilt hier ebenso wie für die wichtige Zusammenarbeit mit der renommierten Bundeszentrale für Politische Bildung.

Nachhaltige Stabilisierung von Engagementstrukturen

Natürlich setzt die Notwendigkeit eines optimalen finanziellen Mitteleinsatzes manchen Wünschen Grenzen, und in vielen Bereichen stellt sich die Frage, was der Bund überhaupt darf und kann. Insbesondere im Bereich der Förderung von Institutionen, sozialer Infrastruktur und qualitativen Prozessentwicklungen auf lokaler Ebene gibt es für den Bund Restriktionen, die nicht ohne weiteres aufzulösen sind. Aber genauso wissen wir, dass die Nachhaltigkeit und Wirkungsfülle jedes Engagements vor Ort sehr stark abhängt von dem Vertrauen in eine auf Verlässlichkeit angelegte finanzielle Unterstützung. Deshalb gehört die Stabilisierung

von erfolgreichen Engagementstrukturen zum festen Zielekanon unserer Engagementpolitik.

Dabei bauen wir auf der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung aus der 17. Legislaturperiode auf. Die dort formulierten vier strategischen Ziele sind für uns nach wie vor aktuell: 1. Eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen. 2. Die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen. 3. Eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten und 4. Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement. An diese Zielsetzungen knüpfen wir an, werden dabei aber auch neue Schwerpunkte setzen. Dazu gehört, dass wir das vom BMFSFJ geförderte oder finanzierte, breit und plural aufgestellte zivilgesellschaftliche Engagement zukünftig besser bündeln und stärker vernetzen wollen.

Bei der Ausrichtung unserer Engagementpolitik lassen wir uns von wissenschaftlicher Seite beraten. So wird der Zweite Engagementbericht, der sich dem Schwerpunkt "Demographischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement" widmet und mit dem wir eine unabhängige Sachverständigenkommission beauftragt haben, nicht nur die aktuelle Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland aufzeigen, sondern auch gesellschaftspolitische Handlungsempfehlungen formulieren.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist einer unserer wichtigsten, zentralen Ansprech- und Kooperationspartner. Dieser hervorgehobenen Bedeutung wollen wir durch eine konsequente Weiterentwicklung unserer Zusammenarbeit auch in strategischer Hinsicht Rechnung tragen. Gerade auch, aber nicht nur, im Rahmen der vom BBE jährlich veranstalteten bundesweiten Woche des Bürgerschaftlichen Engagements, mit der das Engagement der mehr als 23 Millionen Freiwilligen in Deutschland auf eine ganz besonders attraktive Weise bekannt gemacht, anerkannt und gewürdigt wird.

Daneben sind Stiftungen schon heute als Förderer des bürgerschaftlichen Engagements Dritter besonders starke Säulen der Zivilgesellschaft. Zusammen mit ihnen und dem sich entwickelnden Sektor von Länderstiftungen möchten wir gerne stärker zusammenarbeiten und arbeitsteilig daran mitwirken, die Engagementstrukturen in Deutschland zu optimieren. Hier sehen wir uns auch im Sinne des Bundespräsidenten auf einem sehr guten Weg.

Außerdem setzen wir auf die gleichermaßen innovative wie nachhaltige Einbindung unternehmerischen Engagements. Unternehmen fördern meist in Form von Geld- und Sachspenden bürgerschaftliches Engagement mit jährlich ca. 11 Mrd. € (!) und stärken damit die Zivilgesellschaft. Dieses Potential möchten wir gezielt auch für die Verbesserung von Engagementinfrastrukturen und für zivilgesellschaftliche

Beteiligungsprozesse nutzbar machen. Besonderen Wert legen wir dabei auf die trisektorale Zusammenarbeit zwischen Stiftungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, engagierten Unternehmen und der Politik.

Ein fester Bestandteil der Anerkennungskultur in Deutschland ist der Deutsche Engagementpreis. Ihn wollen wir zu einem „Preis aller Preise“ im Engagementbereich weiterentwickeln und dadurch noch stärker den Optimismus heraus stellen, den das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ausstrahlt.

Motive des bürgerschaftlichen Engagements

Glücklicherweise hat unsere Gesellschaft nichts mit der teilweise beschworenen Schreckensvision einer neoliberalen Gesellschaft nutzenmaximierender, konsumfixierter Egoisten zu tun. Im Gegenteil ist der Gemeinsinn auch am Anfang des 21. Jahrhunderts in unserem Land größer als gedacht.

Ein Hauptmotiv bürgerschaftlichen Engagements ist die Freude an der Tätigkeit für andere, das hat die jüngst veröffentlichte BMFSFJ-Studie „Motive des bürgerschaftlichen Engagements - Kernergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung durch das Institut für Demoskopie Allensbach“ noch einmal eindrucksvoll bestätigt. Insgesamt 95 Prozent der Aktiven berichten über diese Freude. Große Mehrheiten der Freiwilligen werden zudem durch die Wünsche motiviert, anderen zu helfen (86 Prozent) oder sich für bestimmte Anliegen oder Gruppen einzusetzen (82 Prozent). Viele werden auch aktiv, weil sie das Gefühl haben, gebraucht zu werden (82 Prozent), mit der eigenen Tätigkeit etwas zu bewegen (83 Prozent) oder das Leben an ihrem Wohnort attraktiver zu machen (70 Prozent). Das Anliegen, etwas zur Verbesserung des Lebens am Wohnort zu tun, nennen Freiwillige heute eher häufiger als noch 1990. Auch das ist ein gutes Zeichen für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Um noch mehr Menschen den Einstieg in ein freiwilliges Engagement vor Ort zu erleichtern, arbeiten wir sehr eng und sehr gut mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) zusammen.

Unsere lebendige Zivilgesellschaft als Garant für eine offene Gesellschaft

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist der Unterschied, ob wir gerne in einer Gesellschaft leben oder nicht. Die Politik kann niemals alleine die Voraussetzungen für eine offene Gesellschaft schaffen. Es ist eben gerade auch in unserer globalisierten Welt nicht egal, ob sich jemand vor Ort engagiert oder nicht. Erst eine Gesellschaft, in der sich Menschen für das Gemeinwohl und für andere einsetzen, ist eine lebenswerte Gesellschaft. Um es klar einzuordnen: Niemand muss sich engagieren, schon gar nicht ein Leben lang. Manchen fehlt einfach die Zeit, anderen

die Gelegenheit. Aber diejenigen, die sich bürgerschaftlich engagieren - ob im Sportverein oder in der Kirchengemeinde, ob in der Politik oder im Eintreten für Demokratie und Vielfalt -, verdienen unsere Wertschätzung und Unterstützung. Das gilt übrigens gerade auch für diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund, die vielfach mit hohem persönlichen Engagement zu Integration von Neuankömmlingen in unserem Einwanderungsland beitragen. Und die damit einen äußerst wichtigen, häufig übersehenen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten - den wir deswegen umso höher wertschätzen sollten.

Die vielfältige Engagementlandschaft, die heute die Möglichkeit für Männer und Frauen jeden Alters bietet, die unterschiedlichsten Freiwilligendienste zu leisten, ist eine großartige Gemeinschaftsleistung, auf der wir in den kommenden Jahren aufbauen wollen. An die 100.000 Menschen in den verschiedenen Freiwilligendiensten, darunter eine noch vor drei Jahren ungeahnt große Zahl Lebensälterer, beweisen tagtäglich ihre hohe Bereitschaft, mehr zu geben als sie unmittelbar zurückbekommen. Gerade die historisch gewachsene Pluralität der Freiwilligendienstformate ermöglicht es einer Vielzahl von Interessierten, einen Freiwilligendienstplatz zu finden, der zu ihren jeweils eigenen Neigungen, Fähigkeiten und Lebenssituationen optimal passt. Der Ansturm auf die Freiwilligendienste ist ungebremst – die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber übersteigt das Angebot an verfügbaren Plätzen nach wie vor deutlich. Das haben nicht zuletzt die Probleme mit der Überbuchung im Bundesfreiwilligendienst aus dem letzten Jahr gezeigt. Das BMFSFJ arbeitet deshalb derzeit vor allem an der Optimierung der finanziellen und organisatorischen Planungssicherheit für die Zentralstellen und Träger der unterschiedlichen Freiwilligendienstformate.

Wir haben von unserer Bundesministerin Manuela Schwesig den Auftrag bekommen, den Plan, an den der Bundespräsident erinnert hat, zu verwirklichen: den Plan erfolgreicher trisektoraler Zusammenarbeit zur Schaffung nachhaltiger Strukturen und qualitativ hochwertiger Entwicklungsprozesse des Engagements vor Ort. Dabei setzen wir auf partizipative Dialogprozesse, vertrauensvolle Zusammenarbeit und die Förderung nachhaltiger Strukturen statt der ständigen Gefahr von „Projektitis“. Damit wir alle gemeinsam für den vom Bundespräsidenten beschworenen „Strom vieler Tropfen“ ein solch stabiles Flussbett schaffen, dass darin ein reißender Fluss zivilgesellschaftlichen Engagements fließen kann. Denn auf die Engagierten kommt es an, nicht auf uns.

Dr. Heiko Geue ist seit Anfang des Jahres Abteilungsleiter für die Zentralabteilung und Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Davor war er unter anderem Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt und hat in verschiedenen Funktionen für Peer Steinbrück gearbeitet, nicht zuletzt im Bundesministerium der Finanzen, wo er unter anderem zur Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements mit dem Namen „Hilfen für Helfer“ im Jahr 2007 beigetragen hat.

Kontakt: heiko.geue@bmfsfj.bund.de